



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/274 - 3.12.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Fragen an Innenminister Schröder	S. 1
Washington und die Ko-Existenz	S. 3
Not der älteren Angestellten	S. 5
Zwei deutsche Armeen ? /Die Moskauer Beschlüsse	S. 6

Bundesgrenzschutz oder Kaderarmee ?

Von Dr. Walter Menzel, MdB

Der Bundesgrenzschutz hat in diesen Tagen in Bayern, im Raume Donauwörth-Parasberg, seine nach Presseberichten "größten Manöver" abgehalten. Schon dieses Wort Manöver zeigt, dass sich der Grenzschutz damit von seinen eigentlichen, den Polizeiaufgaben, entfernt hat.

Die Sozialdemokratie hat seinerzeit, das sei vorweg gesagt, im Bundestag für die Einrichtung des Bundesgrenzschutzes gestimmt. Ohne diese Zustimmung wäre der Grenzschutz gar nicht zustande gekommen, da die CSU dieser Bundesexekutive ihre Stimme versagt hat. Bundestag, Bundesregierung und Länder waren aber immer einstimmig der Meinung, dass es sich beim Bundesgrenzschutz um eine Polizeiorganisation zu handeln habe, die den Schutz der Zivilbevölkerung an der Grenze garantiert und sie vor nichtmilitärischen Übergriffen schützen soll.

Anlage und Durchführung der Manöver in Süddeutschland hatten aber nach übereinstimmenden Berichten einen rein militärischen Charakter. Auch die Folgerungen, die man aus den Manövern gezogen hat, den Grenzschutz auf 60.000 Mann zu verstärken, ihm Panzerwaffen zuzugestehen, mit Steilfeuerwaffen und sogar mit Flakgeschützen auszurüsten, greifen weit in das Gebiet der allgemeinen inneren und, - wie die formalen Vorstellungen ausländischer Mächte in diesen Tagen beim Bundeskanzler beweisen - auch der Außenpolitik hinein. Hier hat die Bürokratie wieder einmal ihrer eigenen Regierung einen Bärendienst geleistet. Das aber hat die Bundesregierung mit ihrer Innenminister und dieser mit seinen

Beamten allein auszuhandeln und in Ordnung zu bringen. Was aber den Bundestag in seiner Gesamtheit interessiert, und wogegen sich auch die für die politische Willensbildung in der Bundesrepublik allein verantwortlichen Organe mit aller Entschiedenheit wenden müssen ist, dass die neuen "Generäle" schon wieder glauben, Politik auf eigene Faust machen zu müssen - kaum, dass 12 000 uniformierte Beamte für kurze Zeit einmal unter den "Oberbefehl" gestellt werden. Hier ist der deutschen Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit gezeigt worden, was uns blühen wird, wenn wir erst wieder einmal auf Wunsch der Regierungsparteier statt 20.000 Bundesgrenzschutzbeamten eines Tages 500 000 Soldaten haben sollten.

Es wäre richtiger gewesen, die Bundesregierung hätte sich mehr um die eigentlichen Aufgaben der ja nicht sehr billigen Einrichtungen des Bundesgrenzschutzes gekümmert, Aufgaben, die sich aus der Besonderheit des Schutzes unserer Grenzen ergeben. Diese Aufgabe hat man sträflich vernachlässigt, und die Sozialdemokratische Partei hat sich schon mehrfach gezwungen gesehen, zu kritisieren, dass der Bundesgrenzschutz leider immer noch im Hinterland, fernab von der Grenze, kaserniert wird, so auch in Bonn, wo es keine Grenze zu schützen gibt - während der Bundesgrenzschutz den eigentlichen Aufgaben entzogen wird. Wir Sozialdemokraten bedauern es nach wie vor, dass die Beamten des Bundesgrenzschutzes trotz mehrfacher Zusage des Innenministers auch heute noch nicht unmittelbar an der Grenze stationiert sind und damit der Grenzbevölkerung das Gefühl beschützt zu sein, geben.

Zu den Manövern selbst ist nachzutragen, dass es sich um ein abgekartertes Spiel gehandelt hat, wie man es nicht ungeschickter hätte der Öffentlichkeit vorführen können.

So hat man beispielsweise vorher sorgfältige Geländeerkundungen durchgeführt und die Angreifer immer so aufgestellt, dass man anschließend den Beobachtern demonstrieren konnte, dass nur mit schweren und indirekten Waffen eine erfolgreiche Abwehr des Angreifers möglich gewesen wäre. Damit aber drängt man den Bundesgrenzschutz in eine völlig schiefe Lage und jeden einzelnen seiner Angehörigen in eine auf für seine eigene Person unerfreuliche Position gegenüber der deutschen Öffentlichkeit.

Denn entweder hat die Führung jener 9 000 Abwehrkräfte versagt, als sie nicht einmal imstande war, den Angriff eines Gegners abzuwehren, der nur 3 000 Mann stark war, oder aber die Angreifer waren mit so schweren Waffen ausgerüstet, dass es sich bei ihnen im Ernstfall nur um den ersten Teil einer mit kriegerischen Absichten in die Bundesrepublik eindringende Armee gehandelt haben würde. Das aber würde ganz andere Probleme aufwerfen, die nie mit Hilfe des Bundesgrenzschutzes zu lösen wären und die den Bundesgrenzschutz vor eine Aufgabe stellen würde, für die er nach Meinung aller niemals bestimmt gewesen ist. Die Sandkastenplaner im Bundesgrenzschutz hätten sich im übrigen auch vorher überlegen sollen, welche psychologischen Auswirkungen es in der Bevölkerung haben muss, wenn man hört, dass 9 000 Verteidiger nicht einmal 3 000 Angreifer haben aufhalten können.

Wir vermessen, dass die Bundesregierung oder ihr Innenminister bisher noch nicht von solchen Verhalten abgerückt sind. Man möge zur Kenntnis nehmen, dass die deutsche Öffentlichkeit eine solche leichtsinnige Soldatenspielerlei auf das Entschiedenste ablehnt.

* * *

Die Amerikaner vor dem Problem der "Ko-Existenz"

H. St., New York, Anfang Dezember

Kriegstreiber, Säbelrassler und Kriegspropagandisten haben kein leichtes Leben. Wer heute in den Vereinigten Staaten auf den Gedanken käme, dem Volk einreden zu wollen, dass es, zum Beispiel, zur Verteidigung Formosas oder gar der kleinen Inselchen vor dem chinesischen Festland, die von Tschiang-Kai-Schek kontrolliert werden, in den Krieg ziehen müsse, auf die Gefahr hin, dass ein jahrelanger großer Konflikt mit China und der Sowjetunion daraus wird, - der wird es nicht leicht haben, das Ohr der amerikanischen Öffentlichkeit zu finden und sich mit seiner Theorie durchzusetzen. Das amerikanische Volk ist in seiner Gesamtheit, ebenso wie jedes andere Volk, friedfertig und keineswegs eroberungssüchtig. Überdies hat man nur in den letzten Monaten so oft und so nachdrücklich von einer "Reduktion der internationalen Spannungen" gesprochen, dass heute eine plötzlich auftauchende oder auch nur an die

Wand gemalte Kriegsgefahr eine ganz unbeschreibliche Schockwirkung haben müßte. Es kann kein Zweifel daran bestehen: Amerika richtet et sich zur Zeit auf eine Periode der "Ko-Existenz" mit der kommunistischen Staatengruppe ein.

Wenn Eisenhower und Dulles letzthin den Ausdruck "Ko-Existenz" überhaupt in den Mund nahmen, dann setzten sie ihm stets das Adjektiv "konkurrierend" voraus; das Nebeneinander zwischen der freien und der kommunistischen Staatengruppe solle gleichsam einen friedlichen Wettbewerb darstellen, ein Ringen um die Gunst der Menschen, einen Wettstreit um Leistungen und Erfolge auf friedlichen Gebieten der Zivilisation und des sozialen Fortschritts. Das ist eine Formel, der man gewisse zustimmen kann, - und das ist im Übrigen auch die einzige Weise, auf die etwa Eisenhowers Parteifreund Senator Knowland, der die amtliche Außenpolitik ständig als zu "weich" tadelt, der "Ko-Existenz"-Idee seine Zustimmung geben könnte. Immer wieder aber betont die Regierung, dass bei aller Ko-Existenz die alte Politik der "Stärkepositionen" nicht aufgegeben werden soll, - weswegen man in Washington ebenso wie auch in London und Paris der Meinung ist, dass die kommende Viererkonferenz mit Moskau, die Mendès-France angeregt hat, jedenfalls, wenn überhaupt, erst nach Ratifizierung der Pariser Abkommen stattfinden soll, vermutlich, bevor die Aufstellung deutscher Regimenter Tatsache geworden ist.

Inzwischen vollziehen sich auf anderer Ebene dramatische Ereignisse von offenbar weittragender Bedeutung. Auf der Generalversammlung der "Vereinten Nationen" wurden soeben zwei wichtige Beschlüsse einstimmig gefasst, d.h. unter Zustimmung der kommunistischen Staatengruppe: der eine betraf eine Neubelabung der Abrüstungsdebatte unter neuen günstigeren Vorzeichen, ohne die "Bedingungen", die Moskau bisher gestellt hatte und die jeglichen Fortschritt gehindert hatten, - und die andere betrifft den amerikanischen Plan einer "Internationalen Atombehörde", die Atomenergie für friedliche Zwecke und auf internationaler Basis bereitstellen und verwerten soll; freilich haben die Russen, obwohl sie für den Plan stimmten, noch offen gelassen, ob sie dann auch selber dieser Internationalen Behörde beitreten wollen.

Immerhin wären noch vor einem Jahre solche einstimmigen Beschlüsse in der Weltorganisation undenkbar gewesen. Eine effektive internationale Abrüstung dürfte trotzdem immer noch in sehr weiter Ferne schweben aber die Idee, internationale gemeinsame Arbeit auf dem Gebiet der Atomenergie zu leisten, mit internationaler Zusammenarbeit sowohl der Forscher als auch der Industrie, wird sich wahrscheinlich durchsetzen und sehr praktische Formen annehmen. Das wäre dann in der Tat "konkurrierende Ko-Existenz" im besten Sinne des Wortes, und echte Hoffnungen für den Frieden auf der Welt wären dann durchaus erlaubt.

* * *

Ungelöstes Problem: Ältere Angestellte

Wenn die Außenpolitik einmal nicht zur Debatte steht, stellt die Bundesregierung immer ihr "Wirtschaftswunder" heraus. Dass nur ein geringer Teil der Bevölkerung daran Anteil hat und viele soziale Probleme ungelöst sind, vergisst man zu sagen. Zu diesen ungelösten Problemen gehört auch die Eingliederung der arbeitslosen älteren Angestellten in den Arbeitsprozeß. Wenig ist für sie geschehen; seit der Bundestag sich vor einem halben Jahr mit dieser Frage beschäftigte. Alle Fraktionen erkannten an, dass diese vielfach seit Jahren arbeitslosen Angestellten über Können und Erfahrungen verfügen, und allein das Alter an ihrer Arbeitslosigkeit schuld ist. Wie groß muß unser Wirtschaftswunder sein, dass es solche wertvollen Kräfte brach liegen lässt!

Die Bundesregierung will die Arbeitslosenunterstützung nicht erhöhen, weil dadurch "der Arbeitswille gelähmt" würde. Das ist eine Verhöhnung der arbeitslosen älteren Angestellten, die sich jahrelang erfolglos um einen Arbeitsplatz bemühen. Sie wollen ja arbeiten! Jeder, der einmal arbeitslos war, weiß von der seelischen Depression, die das Nichtstun, das Ausgeschlossenensein mit sich bringt. Diese Depression überwiegt oft die materielle Not. Gewiss hat es immer arbeitsscheue Elemente gegeben, doch diese wird man auch dann nicht zu arbeitswilligen Menschen erziehen können, wenn die Unterstützung gekürzt wird. Wegen dieser wenigen kann man aber hunderttausend Arbeitswillige nicht leiden lassen. Ihnen sollten "um jeden Preis" Arbeitsplätze vermittelt oder aber durch eine ausreichende Unterstützung das schwere Los erleichtert werden.

* * *

Deutschland - Bombe mit Zeitzünder

sp- Die Moskauer Konferenz der Ostblockstaaten ging mit dem Beschluss auseinander, im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge unmittelbare Gegenmassnahmen zu treffen. Dem wiederbewaffneten Westdeutschland wird ein wiederbewaffnetes Ostdeutschland gegenüberstehen. Wir würden dann zwei deutsche Armeen haben, eine im amerikanischen und eine im sowjetrussischen Schnitt, die Hoffnung aber auf ein wiedervereinigtes Vaterland würde für unübersehbar lange Zeit entschwinden. Dieses düstere Bild liegt in den Moskauer Beschlüssen, wer es nicht sieht, will es nicht sehen.

Noch handelt es sich um Worte und nicht um Tatsachen. Aber es ist kein Zweifel, dass Tatsachen folgen werden, wenn der Westen bei seiner starren Haltung und die Bundesregierung bei ihrer Passivität bleiben sollten. Bonner Regierungskreise bezeichneten die Moskauer Beschlüsse als einen "Propagandatrick", den man nicht ernst zu nehmen brauche. Selten in der deutschen Nachkriegsgeschichte wurde ein Faktum von solcher schwerwiegender Bedeutung für unser gespaltenes Volk, wie es die in Moskau angekündigten Reaktionen auf die westdeutsche Wiederbewaffnung sind, so leichtfertig beurteilt. Man tut in Bonn so, als ob die Sowjetunion eine Macht dritten oder vierten Grades wäre. Man tut so, als ob es niemals ein Korea gegeben hätte. Man tut so, als ob der Ostblock gar nicht in der Lage wäre, auszuführen, was jetzt in Moskau beschlossen wurde. Man tut so, als ob die Sowjetunion als eine der vier Besatzungsmächte nicht mehr existiere. Man erwartet von ihr, dass sie eines Tages unter dem Druck der militärischen Potenz des Westblocks, verstärkt durch 12 deutsche Divisionen, freiwillig ihre Positionen in Mitteleuropa aufgibt. Was sind das für Illusionen und welche Risiken stehen da vor uns allen...

Es ist in diesem Zusammenhang notwendig, darauf hinzuweisen, dass am Rande der Moskauer Konferenz Gespräche geführt wurden, in denen Begriffe wie definitive Staatsgrenze und "Luftzonen der DDR" eine Rolle spielten. Muss man sagen, was das im Einzelnen bedeutet? Das bedeutet die Verewigung der Zonengrenze, die Möglichkeit einer neuen Gefährdung Berlins - die britische Presse stellt sie schon in Rechnung - und vielleicht auch den Wegfall des Interzonenverkehrs, der heute Millionen Deutsche immerhin Gelegenheit gibt, persönliche und familiäre Verbindungen zu pflegen. Das bedeutet die endgültige Statuierung zweier deutscher Staaten die sich immer mehr auseinanderleben.

Dass der Westen diese sich ankündende Entwicklung mit Ruhe, um nicht zu sagen Gleichgültigkeit, hinnimmt, darf man ihn nicht einmal verübeln, denn kein amerikanischer Bürger aus Texas und kein Londoner hat die Aussicht, demnächst russische Uniformen anziehen zu müssen. Die staatliche Einheit ihrer Länder wird durch die Moskauer Beschlüsse nicht betroffen, für Deutschland aber sind sie das Elfenbein der offenen Wunde. Die Bundesregierung aber hat keinerlei Anspruch auf mildernde Umstände. Durch Tatenlosigkeit und Mangel an eigener Initiative lässt sie eine Entwicklung auf uns zukommen, die aus dem gespaltenen Deutschland eine Sprengbombe mit Zeitzünder macht.